









Wiener RATHAUS-KORRESPONDENZ  
1. Neues Rathaus. Tel. Ansohl. 134 und 135.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Adolf E. 1 & 1.  
21. Jahrg. Wien, Donnerstag, 9. Februar 1911.

#### Wiener Stadtrat.

Sitzung am 9. Februar 1911.

Vorsitzende VB. Dr. Porzer und HoB.

StR. Dr. Haas beantragt die Bewilligung von 1495 K für Adaptierungen im Kinderhospiz Sulzbach zwecks Unterbringung von Bediensteten, Anschaffung einer Wäscherolle und einer Liegezeltheile. (Ang.)

Nach einem Bericht des StR. Wessely wird die Abteilung der Liegenschaften Einl. 831 und 422 im 8. Bezirk, Mollardgasse, Hornbostelgasse auf 4 Baustellen genehmigt.

Das vom StR. Tomola vorgelegte Projekt für die Kanalbauten in der Haizingergasse, Cottagegasse und Karl Ludwigstrasse von der Gymnasiumstrasse bis zur Cottagegasse und zwischen der Haizinger- und Anton Frankgasse im 16. Bezirk wird mit dem Erfordernisse von 22000 K und in der unbenannten Gasse längs der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn in der Strecke von der Gerethoferstrasse bis zur Spittelgasse mit dem Erfordernisse von 7600 K genehmigt.

Der Auflassung der im Schulgebäude 19. Bezirk Windhabergasse bisher vom Schulleiter benützten Dienstwohnung und deren Ausbesserung für Kindergarten zwecks mit dem Erfordernisse von 2430 K wird zugestimmt.

Nach einem Bericht des StR. Hüzl wird das Projekt für die gärtnerische Ausgestaltung der Umgebung des Volkerrestaurants Papfenwaldl mit den Kosten von 7944,25 K genehmigt.

VB. HoB beantragt, den von der Gemeinde Strebersdorf errichteten öffentlichen Kindergarten in Strebersdorf, Br. Albert Gessmannsgasse 187, vom 1. Jänner 1911 angefangen in die Verwaltung der Gemeinde Wien zu übernehmen. (Ang.)

Im Maschinistenstatus des Stadtbauamtes werden der Titularmaschinistenmeister Rudolf Ruisinger und der Maschinist erster Klasse Franz Franke zu Maschinistenmeistern ernannt.

-----  
Der silberne Hochzeit des StR. Sebastian Grünbeck. In der heutigen Sitzung des Stadtrates sprach der Vorsitzende VB. Dr. Porzer namens des Stadtrates dem langjährigen Mitgliede dieser Korporation Sebastian Grünbeck die herzlichsten Glückwünsche anlässlich der 25. der silbernen Hochzeit aus.

-----  
Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des StR. Tomola befördert: zu Bürgerschullehrern Hans Teifel, 7. Bez. Zigglergasse 49 und Karl Stangel, 14. Bez. Märzstrasse 70; zur Bürgerschul-

lehrerin Malvine Baimar; zum Volksschullehrer 1. Klasse Hermann Fischer, 3. Bez. Hegergasse 14; zur Volksschullehrerin 1. Klasse Berta von Hoffmeister, 16. Bez. Haizingergasse 37; zum Volksschullehrer 2. Klasse Josef Stockhammer, 2. Bez. Aspernallee; zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse Emerentia Nowak, 11. Braunhubergasse 3, Mathilde Martin, 2. Bez. Untere Angartenstrasse 3 und Maria Eichinger, 19. Bez. Anastasius Gröngasse.

Die Sanierung der Gemeindefinanzen. Die Petition, welche morgen (Freitag) die Bürgermeister der Landeshauptstädte mit Bgm. Dr. Neumayer an der Spitze bezüglich der Sanierung der Gemeindefinanzen dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Inneren und dem Finanzen überreichen werden, hat folgenden Wortlaut: Seit mehr als 10 Jahren sind Vertreter der österreichischen Städte mit eigenem Statute wiederholt zur Beratung und Geltendmachung gemeinsamer Interessen der Stadtgemeinden zusammengetreten. Alle diese Städtetage haben sich in erster Linie mit den Gemeindefinanzen beschäftigt. Immer wieder wurde Beschwerde darüber geführt, daß die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung der städtischen Bevölkerung zwar fortwährend neue Lasten auferlegt, den städtischen Verwaltungen fortwährend neue Aufgaben zuweist, daß aber dabei völlig unberücksichtigt bleibt, wie diese Lasten getragen und die Aufgaben erfüllt werden sollen. Die städtische Bevölkerung wird durch direkte wie durch indirekte Steuern und sonstige Abgaben zu immer steigenden Leistungen für den Staat herangezogen.

Die Aufgaben der Stadtverwaltungen im selbstständigen Wirkungskreise werden auf allen Gebieten, insbesondere im Armenwesen, im Schulwesen, im Sanitätswesen, immer umfangreicher und kostspieliger. Im übertragenen Wirkungskreise bringt fast jedes neue Gesetz den Stadtgemeinden nur mit Kosten verbundene Verpflichtungen; und auch die politische Geschäftsführung, welche die Städte mit eigenem Statute besorgen, verursacht einen stets wachsenden Arbeits- und Kostenaufwand. Die Einnahmequellen der Städte sind aber unverändert geblieben. Nach wie vor sind die Städte, wenn von dem meist nicht bedeutenden Ertrage des eigenen Vermögens abgesehen wird, fast ausschließlich auf Zuschläge an den staatlichen Steuern angewiesen, von denen überdies sehr ertragreiche entweder gänzlich, wie die Personaleinkommensteuer, oder zum großen Teile, wie die Rentensteuer, von Gemeindefinanzschlägen ausgenommen sind. Dazu kommt noch, daß namentlich in letzterer Zeit zahlreiche Steuerobjekte, wie die Realitäten staatlicher oder verstaatlichter Betriebe durch eine im Ge-

setze nicht begründete Praxis dem Gemeindefinanzschlägerechte entzogen werden. Umgekehrt aber werden die Erwerbsunternehmungen, welche die Gemeinden vielfach aus finanziellen und auch aus sozialpolitischen Rücksichten geschaffen haben, vom Staate bloß deswegen, weil die Gemeinden öffentliche Rechnung legen, als vorzugsweise zu belastende Steuerobjekte betrachtet. Strenge werden auch alle Vermögensinhaber der Gemeindefinanzschlägerechte beraubt, daß sie bloß öffentlichen Zwecken dienen, der staatlichen Gebührenäquivalentpflicht unterworfen.

Unter diesen Umständen sind die meisten größeren Stadtgemeinden bereits in eine arge finanzielle Bedrängnis geraten, da die Steuerzuschläge eine weitere Erhöhung kaum mehr vertragen und die Bemühungen, andere Einnahmequellen zu erschließen, regelmäßig an dem Widerstande der Staatsverwaltung scheitern.

Die Städtetage haben sich bereits zu wiederholten Malen an die k.k. Regierung mit der Bitte um Abhilfe gewendet. So hat insbesondere der VI. österreichische Städtetag im Jahre 1908 an das k.k. Finanzministerium eine Petition folgenden Inhalts gerichtet: Die österreichischen Statutarstädte haben bereits auf einer Reihe von Städtetagen eine Sanierung der Gemeindefinanzen als notwendig erklärt. Sie haben darauf hingewiesen, daß eine Sanierung im Wege der Selbsthilfe unter der gegenwärtigen Gesetzgebung, welche die Gemeindefinanz grundsätzlich auf Zuschläge zu staatlichen Steuern beschränkt, unmöglich erscheint, weil eine Erhöhung dieser Zuschläge angesichts der Höhe der staatlichen und der daran bereits haftenden autonomen Besteuerung vollständig ausgeschlossen ist. Alle Vorstellungen der Gemeinden sind aber bisher gänzlich unbeachtet geblieben und infolgedessen hat sich ihre finanzielle Notlage derart gesteigert, daß nunmehr eine staatliche Hilfe für die Gemeinden als nicht minder dringend bezeichnet werden muß, wie die von der Regierung notwendig befundene Sanierung der Landesfinanzen. In Würdigung des Umstandes, daß die Forderungen der Gemeinden auf Befriedigung nur dann rechnen können, wenn dem Staate hiedurch die Besorgung des eigenen Haushaltes nicht unterbunden wird, sowie in Würdigung des Umstandes, daß der Einhebung von Gemeindefinanzschlägen zur Personaleinkommensteuer verschiedene Hindernisse und Bedenken entgegenstehen, werden als geeignete Mittel zur Sanierung der Gemeindefinanzen folgende Vorschläge namhaft gemacht:

- 1) Die Ueberweisung eines gleichen Betrages aus Staatsmitteln, wie er für die Sanierung der Landesfinanzen in Aussicht genommen ist, u. zw. a) aus der zu erhöhenden Brantweinsteuer, b) aus der Zuckersteuer, c) aus der von einer gewissen Stufe

an zu erhöhenden Personaleinkommensteuer, d) aus einzuführenden staatlichen Zuschlägen zu der im Abzugswege zur Einhebung gelangenden Rentensteuer. Die Aufteilung dieser Ueberweisungen an die Gemeinden hätte nach dem Verhältnisse ihrer Steuerleistung und unter besonderer Berücksichtigung der Statutargemeinden wegen der von ihnen besorgten politischen Geschäftsführung zu erfolgen.

Oder 2) die Zurückdrängung der staatlichen Realbesteuerung und stärkere Ueberlassung dieses Steuergebietes an die Gemeinden und endlich jedenfalls die Zulassung mäßiger Gemeindefinanzschläge zu den staatlichen Verlassenschaftsgebühren, eine angemessene Entschädigung für die Besorgung der Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, zum mindeste durch Ueberlassung der damit verbundenen Stempelgebühren.

Der Städtetag bezeichnet ferner als ein Gehot der Gerechtigkeit: 1) Die Heranziehung der privatwirtschaftlichen Unternehmungen des Staates zur Gemeindebesteuerung, 2) eine angemessene Steuerbegünstigung der privatwirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden, 3) die Gebührenbefreiung der zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken den Gemeinden zugefallenen Vermögensnisse und Widmungen, 4) die Ueberlassung der bei der Anstellung von Gemeindefinanzbediensteten an den Staat zu zahlenden Gebühren an die Gemeinden behufs Verwendung für ihre Pensionsfonds.

Auch diese Petition ist bisher vollständig erfolglos geblieben.

Der am 3. und 4. November 1910. in Wien versammelte VIII. österreichische Städtetag hat infolgedessen nachstehende Beschlüsse gefasst: 1.) Der Städtetag ersucht das Präsidium seines ständigen Ausschusses, sich sofort mit einer Eingabe an die k.k. Regierung und das Parlament um nunmehrige ehestige Berücksichtigung der in der seinerzeit überreichten Petition erstatteten Vorschläge zur Sanierung der Gemeindefinanzen zu wenden. 2.) die k.k. Regierung wird aufgefordert, den Bestrebungen der Städte, Abgaben von steuerkräftigen Klassen u. zw. Immobiliargebühren, Verlassenschaftsgebühren und dergl. einzuführen, nicht länger Widerstand entgegenzusetzen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihren Aufgaben zu entsprechen, ohne auf die geradezu unmögliche Erhöhung der Umlagen, insbesondere auf die Hauszinssteuer zu greifen.

In Ausführung dieser Beschlüsse wird hiemit das dringende Ersuchen gestellt, den wohlbegründeten Forderungen der österreichischen Stadtgemeinden die möglichste Berücksichtigung zu Teil werden zu lassen.

Feier der 2. Hochquellenleitung herrührenden Dekoration stattfinden kann, u. zw. an Sonntagen in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags, an Wochentagen bloß von 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Der Stadtrat hat beschlossen, daß am 12. bis einschließlich 19. Februar 1911 eine allgemeine Besichtigung der von der Hofburg-



Wiener Rathaus - Korrespondenz  
9. Februar 1911.

Die Finanzierung der Gemeindefinanzen.

Am letzten österreichischen Reichstage, der in Wien am 3. und 4. November d. J. abgehalten wurde, wurde n. B. die Frage der Finanzierung der Gemeindefinanzen wegen einer gründlichen Erörterung unterzogen n. beschlossen, eine Petition wegen Abhilfe an die Regierung zu richten. Von dieser Petition größter Nachdruck zu verleihen, wurde ferner beschlossen, dass dieselbe durch die Vertretung der Landessammlungsstädte unter der Führung des Bürgermeisters der Stadt Wien den in Betreff kommenden Ministerien, insbesondere dem Ministerpräsidenten überreicht werden. Über Einladung des Bürgermeisters

Dr. Neumayer findet die Überreichung dieser Petition morgen Freitag 10 Uhr vorwiegend statt. Zur Teilnahme an der Petition wurden eingeladen die Städte Linz, Gmünd, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Krakau, Laibach, Lubau, Linz, Pils, Prag, Triest n. Troppau. Die Petition wird morgen dem Ministerpräsidenten n. den Ministern des Innern n. der Finanzen überreicht werden.